

Initiativantrag

AntragstellerIn: Jusos Nordost

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Resolution: Solidarität mit den Streikenden im öffentlichen Dienst

Die Jusos Berlin unterstützen die Forderungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nach 6,5 % mehr Lohn beziehungsweise die Mindestforderung von 200 Euro für Beschäftigte mit niedrigen Löhnen und Gehältern – vor allem Frauen – sowie die Forderung nach unbefristeter Übernahme und 100 Euro mehr für Auszubildende.

Der Öffentliche Dienst (Verwaltung, Kindergärten, Bibliotheken, Schwimmbäder und vieles mehr) leistet einen essentiellen Beitrag für das Funktionieren der Gesellschaft. Das Argument der „leeren Kassen“ und der Verschuldung der Kommunen, das von Seiten der ArbeitgeberInnen gebracht wird, zieht nicht: Die steigende Arbeitsbelastung auf Grund des Stellenabbaus sowie ein Zurückbleiben der Nominallöhne hinter der Inflationsrate – und damit ein Sinken der Reallöhne – sind Folgen einer Politik gegen die Interessen der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Zu dieser Politik gehört der bewusste Verzicht auf Steuereinnahmen durch Unternehmens- und Vermögenssteuer ebenso wie die gigantischen Rettungspakete, die die Verluste des Bankensektors sozialisiert, die Gewinne allerdings unangetastet und privatisiert gelassen haben. Gegen Klientelpolitik, die Banken und Konzerne bedient, Stellen streicht und Löhne kürzt, setzen wir unsere Solidarität! Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes tragen keine Schuld für die verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik der letzten Jahre.

Wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in Berlin stehen somit an der Seite der streikenden Kolleginnen und Kollegen, unterstützen die Forderungen des Arbeitskampfes und kämpfen weiterhin für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit! Besonders unterstützen wir die Forderung nach Übernahme der Auszubildenden!